

talistische Art und Weise zustande kam, d. h. ohne ausreichende Mitwirkungs- und auch Anhörmöglichkeiten von Berufsverbänden, von Interessenvertretungen, von Experten.

(Beifall bei der PDS)

Hervorheben möchte ich die Tatsache, daß mit dem vorliegenden Entwurf erstmalig in der Geschichte der DDR die Staatsfinanzen und damit auch die Staatstätigkeit für die Öffentlichkeit transparent gemacht werden. Das ist durchaus ein Fortschritt. Nur schärft sich damit auch das kritische Auge des Bürgers. Er kann und wird verfolgen, was von den wenn mitunter auch nur bescheidenen Mitteln, die den einzelnen Ressorts und Sachgebieten zugewiesen werden können, nun im Laufe des 2. Halbjahres tatsächlich zur Verfügung stehen wird. Er wird die Regierung, er wird aber auch das Parlament zur Rechenschaft ziehen, wenn ihm nicht rechtzeitig und ehrlich geholfen wird, die Klippen dieses Planes zu erkennen.

Wenn ich, meine Damen und Herren, den vorliegenden Entwurf des Haushaltsplanes im ganzen in Kurzform charakterisieren sollte, dann möchte ich drei Dinge sagen.

1. Von seinem Zahlenwerk, von den Strukturen und von den Eckdaten her spiegelt dieser Plan die ökonomischen Zwänge wider, in denen wir uns befinden. Von seinem Geist her reflektiert er die leider nicht mehr nur auf währungspolitischem Gebiet aufgegebene Souveränität der DDR, sondern diese Souveränität ist nunmehr auch auf dem Gebiet der Staatsfinanzen weitestgehend aufgegeben worden.

Dieser Plan atmet für meine Begriffe übertriebene Unterwürfigkeit gegenüber den Festlegungen im Staatsvertrag, die ja zum großen Teil auch unter Zeitdruck zustande gekommen sind.

(Beifall bei der PDS)

Während man noch verstehen kann, daß Entscheidungen, die die Bonner Kasse belasten, der Zustimmung des Bundesfinanzministers bedürfen - ich erinnere an solche Dinge, wie sie in dem Ihnen vorliegenden Gesetz enthalten sind, beispielsweise die Erweiterung des Kreditrahmens oder die Erweiterung von Verpflichtungsermächtigungen -, so muß man doch die Notwendigkeit einer solchen Zustimmung in anderen Fällen arg in Zweifel ziehen.

Ich denke an die Aufteilung der Verpflichtungsermächtigungen auf die Einzelpläne, an die Übernahme von Bürgschaften in beschlossenem Umfang, an die Erteilung von Befugnissen an die Treuhandanstalt. Dies alles ist in den §§ 1, 5 und 6 des Ihnen vorliegenden Gesetzes enthalten, und ich glaube, das ist eine Notwendigkeit, sich damit noch einmal intensiv zu beschäftigen.

Ich bin also dafür, die Zeit bis zur Beschlußfassung über diesen Haushalt zu nutzen, um die Felder auszubauen, wo eigene Entscheidungen von Regierung und Parlament der DDR getroffen werden können.

Nur so wird es möglich sein, unsere Wirtschaftspotentiale, unsere wissenschafts-kulturellen, ja auch Verteidigungspotentiale in einem dem Bevölkerungsanteil angemessenen Verhältnis in ein einheitliches Deutschland einzubringen. Es darf doch nicht angehen, daß auch in der BRD jetzt und in Zukunft, vor allen Dingen im Zusammenhang mit der Herausbildung des gemeinsamen europäischen Marktes, anstehende Schrumpfungprozesse allein im Prozeß der Vereinigung von der DDR abzufangen sein werden.

Das wäre ja nicht nur ein Anschluß der DDR an die BRD, dies wäre in vielen Fällen ein Abschluß, ja dies wäre sogar ein Anschluß vieler DDR-Potentiale, die sich im europäischen Wettbewerb durchaus auf manchem Gebiet als leistungsfähig erweisen werden.

Eine zweite Bemerkung: Der Haushaltsplan steht auf einem schmalen und sehr unsicheren Einnahmenfundament. Das ist hier schon von meinen Vorrednern gesagt worden. Die Gesamt-

ausgaben der Republik in Höhe von 63,7 Mrd. D-Mark werden durch eigene Einnahmen zu 45,4 % gedeckt, darunter durch Steuern zu 38,8%.

Die Anomalität, daß weit weniger als die Hälfte der Ausgaben durch eigene Einnahmen gedeckt werden, widerspiegelt die wirtschaftliche Lage, in der sich unser Land befindet, und diese Lage ist, da habe ich überhaupt keinen Widerspruch, nicht in den letzten Monaten entstanden, aber sie ist in den letzten Monaten - das muß ich doch schon deutlich zum Ausdruck bringen - infolge Fehlens eines tragfähigen wirtschaftspolitischen Konzeptes der Regierung außerordentlich verschärft worden, und sie verschärft sich in den letzten Tagen leider weiter.

(Beifall bei PDS und Bündnis 90/Grüne)

Der Rückgang der Industrieproduktion ist drastisch. Die dramatischen Situationen in Landwirtschaft und Handel sind uns gut bekannt. Die Bauwirtschaft warnt ganz laut vor einem Kollaps. Ich wiederhole nur die Zeilen, die die betreffenden Berufsverbände selbst sagen: Der Mittelstand kommt nicht so recht ins Laufen. Das BRD- und ausländische Kapital steht bei weitem nicht Schlange an der DDR-Tür, so wie das immer vorgesehen war. In einigen Branchen wurden zum Teil beträchtliche Lohn- und Gehaltserhöhungen durchgesetzt, ohne daß eine Leistungssteigerung dafür die Grundlage bildete.

(Unruhe vor allem bei CDU/DA)

Dies alles verstärkt die wirtschaftlichen und sozialen Ungleichgewichte.

(Unverständliche Zurufe)

Ja, wir können doch nachher diskutieren.

In dieser sensiblen Übergangsphase, in der sich unser Land befindet, kann man doch nicht allein auf die Selbstheilungskräfte des Marktes rechnen.

(Bewegung vor allem bei CDU/DA)

Dieser Markt ist doch noch nicht gesund. Er hat doch noch seine Krebsgeschwüre, und diese Wunden werden täglich größer geschlagen in der Wirtschaft durch diesen noch ungesunden Markt.

In diesen Wochen kann man, selbst wenn man den Vorwurf des Dirigismus riskiert, das Verhältnis von Staat und Markt nicht nach Lehrbuchprinzipien gestalten. Die Frage, was der Markt schon kann in den ersten Wochen, in denen wir nun auch von der Währung her marktwirtschaftliche Prinzipien einführen können, was der Markt schon kann und was der Staat noch muß; - dies bedarf doch noch klarerer Antworten.

Unverständlich für mich ist, wieso die Finanzkonzeption für den Einsatz von Strukturmitteln zur Förderung unserer Wirtschaft, und dies bezogen auf das zweite Halbjahr 1990, im Ministerrat erst Ende Juli behandelt wird. Den Haushalt, der diese Mittel enthält, beschließen wir aber diese Woche.

Wenn ich von einem unsicheren Fundament sprach, auf dem der Haushalt ruht, dann meine ich damit auch, daß die Steuereinnahmen, obwohl schon anteilig bescheiden an den Gesamteinnahmen, meines Erachtens dennoch zu hoch angesetzt sind. Es wäre ökonomisch unverantwortlich, die Gefahr eines weiteren Absinkens des Bruttosozialprodukts im zweiten Halbjahr 1990 zu verkennen. Folglich sinkt auch die Steuerquote unter das hier zugrunde gelegte Niveau und damit das gesamte Steuervolumen. Die Differenzen zum Regierungskonzept können sich auf einige Milliarden belaufen.

Man muß doch die Frage stellen, wenn die Produktion nicht in Gang kommt, sondern von Woche zu Woche mehr Betriebe in Konkurs gehen, wenn die Bürger in den Läden der DDR nicht DDR-Produkte finden oder über deren Preis nicht zu ihrem Kauf angeregt werden, sondern nun Einkaufsfahrten nicht mehr ausschließlich in Richtung Westen, sondern inzwischen auch nach